Stadt Dübendorf

Gemeinderat

Sitzung vom **07. Juni 2021**

23. Sitzung des Gemeinderates

Datum, Zeit	Montag, 7. Juni 2021, 19:00 Uhr bis 20:42 Uhr
Ort	Katholisches Pfarreizentrum Leepünt
Vorsitz	Flavia Sutter (GP), Gemeinderatspräsidentin
Anwesend	35 Gemeinderatsmitglieder
Entschuldigt abwesend	Cornelia Schwarz (SVP/EDU), 2. Vizepräsidentin Tanja Boesch (BDP/CVP/EVP) Tanja Lips (SVP/EDU) Paul Steiner (SVP/EDU) Theo Zobrist (SP) Finanzvorstand Martin Bäumle
Protokoll	Edith Bohli, Gemeinderatssekretärin
Stimmenzähler	Angelika Murer Mikolasek: Bereich glp/GEU und SP/Grüne Andreas Sturzenegger: Mitte inkl. Bürotisch Bruno Eggenberger: Bereich SVP

Stadt Dübendorf

Gemeinderat

Sitzung vom **07. Juni 2021**

Traktanden

1. Mitteilungen

2. Bürgerrechtsgesuche

2.1. Rijhwani Amar Vijay, britischer Staatsangehöriger, Dübendorf / Genehmigung
GR Geschäft Nr. 18/2021

2.2. de Lussy Benoît Marie Alain sowie das Kind Marius Denis Roland, französische Staatsangehörige, Zürich / Genehmigung
GR Geschäft Nr. 23/2021

2.3. Mignot Frédéric Jean Pierre und Kan Tahéra, französische Staatsangehörige, Gockhausen / Genehmigung
GR Geschäft Nr. 25/2021

2.4. Rodriguez Isabel sowie die Kinder Ortolaza Rodriguez Yariana und Adrian, dominikanische Staatsangehörige, Dübendorf / Genehmigung
GR Geschäft Nr. 26/2021

2.5. Sinpalean Alin und Anca Raluca sowie das Kind Luca, rumänische Staatsangehörige, Dübendorf / Genehmigung
GR Geschäft Nr. 27/2021

2.6. Grunwald Katarzyna Barbara, polnische Staatsangehörige, Gockhausen / Genehmigung
GR Geschäft Nr. 40/2021

2.7. Kumar Darvesh und Bhagat Nabanita sowie das Kind Kumar Darsh, indische Staatsangehörige, Dübendorf / Genehmigung
GR Geschäft Nr. 41/2021

3. Postulat Angelika Murer Mikolasek und 17 Mitunterzeichnende «Elternbeiträge an die familienergänzende Kinderbetreuung» / Aufrechterhaltung
GR Geschäft Nr. 61/2019

4. Motion Susanne Schweizer (SP) und 16 Mitunterzeichnende «Rentable Photovoltaik-Anlagen» / Begründung und Überweisung
GR Geschäft Nr. 52/2021

5. Motion Thomas Maier (glp/GEU) und 15 Mitunterzeichnende «Umsetzungsoffensive für Photovoltaik-Anlagen in Dübendorf» / Begründung und Überweisung
GR Geschäft Nr. 53/2021

6. Postulat Julian Croci (GP) und 7 Mitunterzeichnende «Menstruationsartikel auf stadteigenen Toiletten» / Begründung und Überweisung
GR Geschäft Nr. 54/2021

1. Mitteilungen

Mitteilungen der Gemeinderatspräsidentin

Gemeinderatspräsidentin Flavia Sutter (GP) begrüsst die Mitglieder des Gemeinderates und des Stadtrates sowie die Medienvertreter und das Publikum – welches die Sitzung wieder per livestream verfolgt – zur 23. Sitzung der Legislaturperiode 2018-2022. Sie orientiert, dass die Einladung zur Sitzung mit der Traktandenliste rechtzeitig versandt und im Glattaler als amtliches Publikationsorgan veröffentlicht wurde. Die Akten zu den Geschäften sind zur Einsicht bereitgestanden. Das Protokoll der letzten Gemeinderatssitzung vom 10. Mai 2021 liegt noch nicht vor und ist daher noch nicht zur Genehmigung traktandiert. Es werden keine Einwände gegen die Reihenfolge der Traktanden erhoben.

Neu überwiesene Geschäfte

Seit der letzten Gemeinderatssitzung hat der Stadtrat keine neuen Geschäfte an den Gemeinderat überwiesen.

Antworten vom Stadtrat sind auf folgende politischen Vorstösse beim Ratsbüro eingegangen:

- Schriftliche Anfrage Theo Zobrist (SP): Gesamterneuerungswahlen der kommunalen Behörden
- Schriftliche Anfrage von Ivo Hasler (SP) betreffend Situation der Kindertagesstätten
- Schriftliche Anfrage Julian Croci und Oliver Kellner (GP) zur Halballee Grüzenstrasse und zu Baum-Patenschaften
- Schriftliche Anfrage Oliver Kellner und Julian Croci (GP) zum Stand der Denkmalpflege in den Kernzonen Unterdorf und Oberdorf

Die schriftlichen Anfragen sind mit der Beantwortung durch den Stadtrat erledigt.

Neu eingereicht worden sind seit der letzten Sitzung folgende politische Vorstösse:

- Motion Susanne Schweizer (SP) und 16 Mitunterzeichnende: Rentable Photovoltaik-Anlagen
- Motion Thomas Maier (glp/GEU) und 15 Mitunterzeichnende: Umsetzungsoffensive für Photovoltaik-Anlagen in Dübendorf
- Postulat Julian Croci (GP) und 7 Mitunterzeichnende: Menstruationsartikel auf stadteigenen Toiletten
- Schriftliche Anfrage Julian Croci (GP) bezüglich Auftragsvergabe-Politik der Exekutive
- Schriftliche Anfrage Patrick Walder (SVP/EDU): Wiederbeitritt der Stadt Dübendorf zur SKOS
- Schriftliche Anfrage Oliver Kellner (GP) zum Zwischenstand der barrierefreien Bushaltestellen
- Schriftliche Anfrage Oliver Kellner (GP): Städtische Liegenschaften

Die beiden Motionen und das Postulat sind für diese Sitzung traktandiert. Die schriftlichen Anfragen sind dem Stadtrat zur Beantwortung überwiesen worden.

Fraktionserklärungen

Fraktionserklärung BDP/CVP/EVP, Patrick Schärli

„Der Stadtrat hat die lange angekündigte Umsetzung von Tempo 30 im Zentrum zu einem unglücklichen Zeitpunkt an die Hand genommen. Direkt im Vorfeld zur Abstimmung über Tempo 30 in den Quartieren. Natürlich hat der Stadtrat rein technisch gesehen nichts falsch gemacht. Die Umsetzung der Massnahmen an der Bahnhofstrasse sind lange von einschlägiger Seite blockiert worden. Dennoch hätte sich die Fraktion BDP-CVP-EVP vom Stadtrat mehr Fingerspitzengefühl erhofft. Der Zeitpunkt führt bei vielen Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern zu Verwirrung. Der bereits gehässig geführte Abstimmungskampf wurde dadurch noch mehr befeuert.

Die Verknüpfung der beiden Geschäfte ist unzulässig, ja sogar unfair, war jedoch absehbar und unvermeidbar. Dies wäre auch bei einer Umsetzung nach der Volksabstimmung der Fall gewesen – unabhängig von deren Ausgang. Wenn wir die vielen Kommentare in der Presse anschauen, wird das erwähnte Vorgehen vom Stadtrat kritisiert. Es werden aber auch viele Un- und Halbwahrheiten verbreitet. Deshalb ist es uns ein Anliegen nochmals auf die wichtigsten Vorteile hinzuweisen. Der Verkehrsfluss wird mit Tempo 30 verbessert. Ein Anfahren und Abbremsen gibt es nicht mehr. Durch den flüssigeren Verkehr kommt es trotz geringerer Höchstgeschwindigkeit zu keinem Zeitverlust. Auch das vielfach heraufbeschworene Verkehrschaos wird es nicht geben. Auch wenn die im Zentrum getroffenen Massnahmen noch Potential haben, so zeugen Anwohnerbeichte von der verbesserten Gesamtsituation. Alle Zahlen zeigen, dass sich Tempo 30 positiv auf die Unfallstatistik auswirkt. Bei geringerem Tempo verkürzt sich der Anhaltweg massiv, was die Schwere der Unfälle enorm reduziert. Verkehrsunfälle enden deutlich seltener mit schweren Verletzungen oder gar tödlich. Von mehr Sicherheit profitieren alle Verkehrsteilnehmer, vor allem die Schulkinder. Für sichere Schulwege zu sorgen ist eine wichtige Aufgabe der öffentlichen Hand. Da reicht es nicht, nur unmittelbar vor dem Schulhaus oder Kindergarten Tempo 30 einzurichten. Die Kinder ploppen ja nicht direkt von dem Schulhaus aus dem Boden, sondern haben, wenn sie beim Schulgebäude ankommen, schon einige Verkehrswege benutzen müssen.

Der Fraktion BDP-CVP-EVP ist es wichtig, dem Stadtrat einige Dinge bezüglich Umsetzung der Massnahmen mit auf den Weg zu geben. Die neue Signalisation sorgt zum Teil noch für Verwirrung. Wir fordern den Stadtrat auf, die Situation aktiv zu begleiten und die eingeführten Massnahmen laufend zu verbessern. Insbesondere aus dem Blickwinkel von Velofahren und Fussgängern. Die Aufhebung von Zebrastreifen hat zum Teil zu Unsicherheiten geführt. Wir fordern vom Stadtrat, dass er für sichere Fussgängerübergänge sorgt, vor allem dort, wo viele Fussgänger die Strasse überqueren oder es zu kritischen Situationen kommen kann.

Alles in Allem lässt sich bereits kurze Zeit nach der Einführung von Tempo 30 im Zentrum eine positive Bilanz ziehen. Von diesen Verbesserungen werden auch die Quartiere profitieren können, wenn das Stimmvolk am Sonntag die Vorlage gutheissen wird und die gesamte Bevölkerung von Dübendorf vom Mut des Stadtrates Tempo 30 im Zentrum vor der Abstimmung einzuführen belohnt wird.“

Fraktionserklärung SVP/EDU, Orlando Wyss

„Wie aus Rückmeldungen aus der Bevölkerung sowie Reaktionen auf Social Media Plattformen klar wird, ist das Unverständnis gross, dass zwei Wochen vor der Tempo-30-Abstimmung in Dübendorf im Stadtzentrum auf den Hauptverkehrsachsen grossräumig die Installierung von Tempo 30 umgesetzt wird. Es gibt Leute in der Dübendorfer Politik, die nicht müde werden darauf hinzuweisen, dass dies demokratisch unbedenklich sei und es nicht stimme, dass Fussgängerstreifen entfernt werden, denn das Ganze betreffe nur Quartiererschliessungsstrassen. Für wie blöd müssen diese Politiker unsere Bevölkerung halten. Sie kann 1:1 mitverfolgen, wie Versprechungen ins Gegenteil umgekehrt werden. Sind die Bahnhofstrasse, die Wallisellenstrasse, die Bettlistrasse, die Strehlgasse, um nur einige zu nennen, Quartiererschliessungsstrassen? Sicher nicht. Darum ist auch die Aussage von Sicherheitsvorstand Hanspeter Schmid falsch, dass die Gegner mit Halbwahrheiten operieren würden. Es ist eine ganze Wahrheit und die Bevölkerung kann zuschauen, wie im Zentrum von Dübendorf - unde-

mokratisch - ohne das Volk darüber abstimmen kann, eine Tempo 30 Zone errichtet wird. Fussgängerstreifen werden entfernt und unsere Innenstadt wird für alle Verkehrsteilnehmer unsicherer. Wir können nur darauf warten, bis die ersten Unfälle passieren. Dieses selbstherrliche Vorgehen des Stadtrats ist Anschauungsunterricht erster Güte, wie die sogenannt bürgerliche Mehrheit des Stadtrats vorgeht. Es werden lukrative Bussenfallen erstellt, damit die Milchkühe Autofahrerin und Autofahrer gemolken werden können. Auf Hauptverkehrsachsen haben Tempo 30 Zonen nichts zu suchen, denn die Sicherheit leidet massiv darunter. Fussgänger haben keinen Vortritt mehr und müssen schauen, wie sie über die Strasse kommen. Und das soll eine verantwortliche Verkehrspolitik sein? Mir wird in letzter Zeit oft die Frage gestellt, wie solch rotgrüne Massnahmen bei einer bürgerlichen Mehrheit im Stadt- und Gemeinderat überhaupt möglich seien. Darauf kann ich nur die Antwort geben, dass es in Dübendorf Politikerinnen und Politiker gibt, die sich vor den Wahlen bürgerlich geben, um dann nach den Wahlen ohne Skrupel rotgrüne Politik zu betreiben. Doch die Dübendorfer Bevölkerung mit ihrer mehrheitlich bürgerlichen Gesinnung hat Möglichkeiten das zu korrigieren. Mit einem Nein zur Tempo 30 Vorlage am 13. Juni 2021 und der Wahl wirklich bürgerlicher Politiker bei den Kommunalwahlen im Frühling 2022."

Fraktionserklärung glp/GEU, Thomas Maier

„Mögen sie sich an die Zeiten erinnern, als die Eisenbahn Einzug hielt in unserem Land? Oder die ersten Autos bei uns in den Städten unterwegs waren? Wahrscheinlich nicht. Aber wir können nachlesen, wie die Wogen damals hochgingen, als diese Ereignisse unseren Alltag anfingen zu verändern. Vielleicht ist uns ein jüngeres Beispiel etwas präsenter, als das mobile Telefonieren und die Smartphones unsere Kommunikationsmöglichkeiten einschneidend veränderten. Bei all diesen Beispielen wurden Weltuntergangsszenarien skizziert, von denjenigen, die lieber bei dem bleiben, wie es halt immer war. Sei es, lieber bei der Pferdekutsche oder dem guten, alten Schnurtelefon mit Wählscheibe zu Hause.
Genauso gehen aktuell, wieder einmal, die Wogen hoch, im Abstimmungskampf zu Tempo 30 in unseren Wohnquartieren und nach der Einführung von T30 in unserem Zentrum. Werfen sie nur mal einen Blick in den Glattaler der letzten Woche. Es ist bekannt auf welcher Seite ich / wir kämpfen – trotzdem möchte ich hier an dieser Stelle noch einmal 2-3 Dinge loswerden, die uns, wenn sich dann die Wogen wieder einmal etwas geglättet und die Emotionen abgekühlt haben, wichtig erscheinen.

Zuerst zu T30 in unserem Zentrum:
Natürlich ist es ein etwas unglückliches Timing, dass jetzt diese T30 Zone im Zentrum rund 3 Wochen vor der Abstimmung zu T30 in unseren Quartieren umgesetzt wird. Fakt ist aber, die beiden Vorlagen haben nichts miteinander zu tun. Die Zone im Zentrum wurde vom Stadtrat schon vor über zwei Jahren beschlossen, bevor es überhaupt eine parlamentarische Motion zum Tempo 30 in den Quartieren gab. Dass die Gegner dies jetzt aber versuchen zu instrumentalisieren, ist ihnen nicht zu verübeln – das gehört zum politischen Kampf dazu. Ganz fair finden wir das aber trotzdem nicht – denn der Zeitpunkt der Realisierung hat wesentlich damit zu tun, dass die Einführung monatelang durch an sich von vornherein klar aussichtslose Einsprachen verzögert wurde – von den gleichen Akteuren.
Spannend ist aber Folgendes, ebenfalls neutral im Glattaler letzte Woche zu lesen: Das von den Gegnern prognostizierte Chaos im Zentrum ist ausgeblieben. Der Verkehr läuft flüssig. Sogar flüssiger als vorher. Es wurde nichts gesperrt oder verboten, alle Geschäfte sind für Auto, Fussgänger und Velofahrende weiterhin wunderbar erreichbar, etc etc.
Natürlich müssen gewisse Dinge nachjustiert werden. Das war bei eingangs erwähnten Veränderungen auch so – bspw. unsere Mobiltelefonie verlangt nach neuen Regeln & Anpassungen im Alltag. So fordern wir den Stadtrat auf, den Punkt mit den Fussgängerstreifen gut im Auge zu behalten. Das Gesetz erlaubt es ja, an neuralgischen oder hochfrequentierten Stellen, diese Streifen zu belassen. Hier sollte der Stadtrat genau hinschauen, wie sich die Situation entwickelt für die Fussgänger und Massnahmen treffen, wenn dies nötig ist. Mit etwas Farbe, haben wir die Fussgängerstreifen dann schnell wieder. Und auch die Kritik aus einem Leserbrief, dass unsere Planer von solchen Massnah-

men, doch bitte selber z.B. mal auf ein Velo sitzen sollen, bevor sie etwas tun, ist berechtigt. Gewisse Eingangstore stehen tatsächlich exakt als Frontalhindernis für Velofahrende auf der Strasse. Das geht wirklich nicht. Auch dies lässt sich aber relativ einfach beheben, indem die Einfallstore anders platziert werden.
Ansonsten: wirklich gut gelungen und Danke im Namen all derer, die es gut finden und sich damit eben nicht öffentlich äussern. Lärm machen v.a. immer diejenigen, die sich aufregen – auch wenn sie vielleicht in einer kleinen Minderheit sind. Aus dem Zentrum gibt es sehr viele positive Reaktionen von Anwohnerinnen und Anwohnern, die die neu gewonnene Lebensqualität in Form von mehr Ruhe und Sicherheit geniessen.
Ich bin überzeugt, dass T30 im Zentrum bei uns schon bald zu einer völligen Selbstverständlichkeit geworden sein wird. Alle werden die damit gewonnene Lebensqualität und Sicherheit geniessen und sich nicht mehr vorstellen können, wie es einmal ohne war. Genauso wie das in Hunderten von Städten in der Schweiz, sowie in all unseren Nachbargemeinden, schon seit Jahren der Fall ist. Ebenso wird es sich in unseren Quartieren verhalten. Noch zwei Punkte dazu:
Wir bitten den Stadtrat, den Punkt mit den Fussgängerstreifen und der Platzierung der Eingangsschilder noch einmal eingehend zu prüfen bei der Umsetzung.
Und noch ein Wort zu der nicht enden wollenden Diskussion, was jetzt demokratisch sei und was nicht. Fakt ist: wir stimmen ab – an der Urne. Demokratischer geht es wohl gar nicht. Weiter haben wir in unserer Gemeinde klare an der Urne abgesegnete politische Kompetenzen. T30 im Zentrum liegt im Verantwortungsbereich der Exekutive. Die Vorlage zu T30 in den Quartieren wäre klar in der Kompetenz des Gemeinderates gelegen – so steht es in unserer GO. Eine Mehrheit wollte direkt eine Urnenabstimmung, das ist legitim. Ebenso wäre ein Referendum möglich gewesen. Fakt ist aber auch, dass eine Urnenabstimmung immer mit hohen Kosten verbunden ist. Solche Kosten führen gerade die Gegner von T30 bei anderen Themen immer wieder als oberste Maxime ins Feld. Zu Recht sagen sie, dass Rechte, auch Pflichten darstellen – eben z.B. im Rahmen seiner Kompetenzen zu entscheiden und nicht weitere Instanzen teuer damit zu beschäftigen. Offenbar nehmen sie aber, wenn es um ihre inhaltlichen Steckenpferde, wie z.B. die fundamentale Bekämpfung von T30 Zonen geht, eine andere Gewichtung vor. Dies ist ebenfalls absolut legitim in einer direkten Demokratie – aber bitte werfen sie dem Gegner (resp. hier jetzt Befürworter von T30) dann nicht undemokratisches Verhalten vor – denn es ist schlicht und einfach ungerecht und falsch.
Selbstverständlich ist die Diskussion hiermit nicht beendet – wir hoffen aber, dass möglichst viele Dübendorferinnen und Dübendorfer am nächsten Sonntag Ja stimmen und damit wenigstens der Punkt endlich einmal geklärt ist – und es vorwärts geht in Dübendorf mit dem Fortschritt."

Persönliche Erklärungen
Keine

2. Bürgerrechtsgesuche

Der Gemeinderat fasst, gestützt auf Art. 29 Ziff. 4.12 der Gemeindeordnung der Stadt Dübendorf vom 5. Juni 2005, die nachfolgenden Beschlüsse.

2.1. Rijhwani Amar Vijay, britischer Staatsangehöriger, Dübendorf / Genehmigung GR Geschäft Nr. 18/2021

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag des Stadtrates und der BRK mit 33 zu 0 Stimmen zu.

Beschluss

1. Gegen die Entrichtung einer Einbürgerungsgebühr von Fr. 1'600.00 wird in das Bürgerrecht der Stadt Dübendorf aufgenommen:

Name	Rijhwani
Vorname	Amar Vijay
Geburtsjahr	1969
Staatsangehörigkeit	Vereinigtes Königreich

2. Dieser Aufnahmebeschluss erfolgt unter dem Vorbehalt der Erteilung des Kantonsbürgerrechts und der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung.

3. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug

2.2. de Lussy Benoît Marie Alain sowie das Kind Marius Denis Roland, französische Staatsangehörige, Zürich / Genehmigung GR Geschäft Nr. 23/2021

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag des Stadtrates und der BRK mit 24 zu 7 Stimmen zu.

Beschluss

1. Gegen die Entrichtung einer Einbürgerungsgebühr von Fr. 1'600.00 wird in das Bürgerrecht der Stadt Dübendorf aufgenommen:

Name	de Lussy
Vorname	Benoît Marie Alain
Geburtsjahr	1981
Staatsangehörigkeit	Frankreich

sowie das Kind

Name	de Lussy
Vorname	Marius Denis Roland
Geburtsjahr	2019
Staatsangehörigkeit	Frankreich

2. Dieser Aufnahmebeschluss erfolgt unter dem Vorbehalt der Erteilung des Kantonsbürgerrechts und der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung.

3. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug

2.3. Mignot Frédéric Jean Pierre und Kan Tahéra, französische Staatsangehörige, Gockhausen / Genehmigung GR Geschäft Nr. 25/2021

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag des Stadtrates und der BRK mit 24 zu 7 Stimmen zu.

Beschluss

1. Gegen die Entrichtung einer Einbürgerungsgebühr von Fr. 3'200.00 wird in das Bürgerrecht der Stadt Dübendorf aufgenommen:

Name	Mignot
Vorname	Frédéric Jean Pierre
Geburtsjahr	1970
Staatsangehörigkeit	Frankreich

und

Name	Kan
Vorname	Tahéra Bibi
Geburtsjahr	1972
Staatsangehörigkeit	Frankreich

2. Dieser Aufnahmebeschluss erfolgt unter dem Vorbehalt der Erteilung des Kantonsbürgerrechts und der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung.

3. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug

2.4. Rodriguez Isabel sowie die Kinder Ortolaza Rodriguez Yariana und Adrian, dominikanische Staatsangehörige, Dübendorf / Genehmigung GR Geschäft Nr. 26/2021

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag des Stadtrates und der BRK mit 24 zu 7 Stimmen zu.

Beschluss

1. Gegen die Entrichtung einer Einbürgerungsgebühr von Fr. 1'450.00 wird in das Bürgerrecht der Stadt Dübendorf aufgenommen:

Name	Rodríguez
Vorname	Isabel
Geburtsjahr	1985
Staatsangehörigkeit	Dominikanische Republik

sowie die Kinder

Name	Ortolaza Rodríguez
Vorname	Yariana
Geburtsjahr	2008
Staatsangehörigkeit	Dominikanische Republik

und

Name	Ortolaza Rodríguez
Vorname	Adrian
Geburtsjahr	2016
Staatsangehörigkeit	Dominikanische Republik

2. Dieser Aufnahmebeschluss erfolgt unter dem Vorbehalt der Erteilung des Kantonsbürgerrechts und der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung.

3. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug

2.5. Sinpalean Alin und Anca Raluca sowie das Kind Luca, rumänische Staatsangehörige, Dübendorf / Genehmigung GR Geschäft Nr. 27/2021

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag des Stadtrates und der BRK mit 24 zu 7 Stimmen zu.

Beschluss

1. Gegen die Entrichtung einer Einbürgerungsgebühr von Fr. 3'200.00 wird in das Bürgerrecht der Stadt Dübendorf aufgenommen:

Name	Sînpalean
Vorname	Alin
Geburtsjahr	1979
Staatsangehörigkeit	Rumänien

und

Name	Sînpalean
Vorname	Anca Raluca
Geburtsjahr	1978
Staatsangehörigkeit	Rumänien

sowie das Kind

Name	Sînpalean
Vorname	Luca
Geburtsjahr	2011
Staatsangehörigkeit	Rumänien

2. Dieser Aufnahmebeschluss erfolgt unter dem Vorbehalt der Erteilung des Kantonsbürgerrechts und der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung.

3. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug

2.6. Grunwald Katarzyna Barbara, polnische Staatsangehörige, Gockhausen / Genehmigung
GR Geschäft Nr. 40/2021

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag des Stadtrates und der BRK mit 24 zu 7 Stimmen zu.

Beschluss

1. Gegen die Entrichtung einer Einbürgerungsgebühr von Fr. 1'600.00 wird in das Bürgerrecht der Stadt Dübendorf aufgenommen:

Name	Grunwald
Vorname	Katarzyna Barbara
Geburtsjahr	1963
Staatsangehörigkeit	Polen

2. Dieser Aufnahmebeschluss erfolgt unter dem Vorbehalt der Erteilung des Kantonsbürgerrechts und der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung.

3. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug

2.7. Kumar Darvesh und Bhagat Nabanita sowie das Kind Kumar Darsh, indische Staatsangehörige, Dübendorf / Genehmigung
GR Geschäft Nr. 41/2021

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag des Stadtrates und der BRK mit 24 zu 7 Stimmen zu.

Beschluss

1. Gegen die Entrichtung einer Einbürgerungsgebühr von Fr. 3'200.00 wird in das Bürgerrecht der Stadt Dübendorf aufgenommen:

Name	Kumar
Vorname	Darvesh
Geburtsjahr	1980
Staatsangehörigkeit	Indien

und

Name	Bhagat
Vorname	Nabanita
Geburtsjahr	1981
Staatsangehörigkeit	Indien

sowie das Kind

Name	Kumar
Vorname	Darsh
Geburtsjahr	2009
Staatsangehörigkeit	Indien

2. Dieser Aufnahmebeschluss erfolgt unter dem Vorbehalt der Erteilung des Kantonsbürgerrechts und der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung.

3. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug

Gemeinderatspräsidentin Flavia Sutter (GP) gratuliert allen Gesuchstellenden zur Einbürgerung und wünscht ihnen viel Freude an den neuen Rechten und Pflichten als Schweizerinnen und Schweizer.

3. Postulat Angelika Murer Mikolasek und 17 Mitunterzeichnende «Elternbeiträge an die familienergänzende Kinderbetreuung» / Aufrechterhaltung GR Geschäft Nr. 61/2019

Der Gemeinderat hat an seiner Sitzung vom 2. März 2020 der Aufrechterhaltung des Postulates zugestimmt. Der Stadtrat hat am 22. April 2021 dem Gemeinderat einen Beschluss mit einer ergänzenden Beantwortung überweisen und beantragt die weitere Aufrechterhaltung des Postulats.

Stellungnahme Postulantin Angelika Murer Mikolasek (glp/GEU)

„Das vorliegende Postulat ist inzwischen zweieinhalb Jahre alt bzw. es sind zwei Jahre her, seit es überwiesen worden ist. Ziel des Postulats war eine Anpassung das Elternbeitragsreglements, so dass sich die Erwerbstätigkeit von Eltern in Dübendorf besser lohnt, so wie das auch in anderen Gemeinden der Fall ist, und Eltern nicht deshalb auf Erwerbstätigkeit verzichten, weil sie aufgrund der hohen Kinderbetreuungskosten draufzahlen würden. Wir haben uns mit dem Postulat sehr viel Mühe geben und aufgezeigt, wo die Problempunkte liegen, weshalb unser jetziges System Mängel aufweist. So

haben wir vor allem festgestellt, dass unter anderem die mangelnde Berücksichtigung von Geschwisterkindern sowie die fehlende Berücksichtigung des geleisteten Arbeitspensums der Eltern dazu führt, dass sich Erwerbstätigkeit für Familien mit mehreren Kindern und bei Pensen über 140% nicht mehr lohnt bzw. die Eltern je nach Einkommen tausende Franken jährlich draufzahlen müssten, wenn sie beide im Beruf bleiben wollen.
Der Stadtrat hat in seiner ersten Antwort Ende 2019 ausführliche Abklärungen dazu gemacht, wie Dübendorf im Vergleich mit anderen Gemeinden abschneidet. Die Analyse des Stadtrats sowie auch ein in der Antwort des Stadtrats erwähnter Vergleich, welcher im Jahr 2012 vom Kanton vorgenommen wurde, bestätigen die Aussagen, die wir in unserem Postulat gemacht haben. Inzwischen ist auch nochmals ein umfassender Gemeindevergleich erschienen: Die Credit Suisse hat im Mai 2021 einen Kinderbetreuungskostenvergleich erstellt. Und wissen Sie, was da herausgekommen ist? Ja genau, Dübendorf ist im teuersten dunkelroten Bereich, die Eltern zahlen also am meisten für die Kinderbetreuung. Es wird also immer und immer wieder das gleiche Problem festgestellt: Die Kinderbetreuungskosten in Dübendorf sind zu hoch.
In seiner ersten Antwort hat der Stadtrat verschiedene Ausführungen und sogar konkrete Vorschläge zur Überarbeitung des Reglements gemacht, dann aber im Fazit ohne weitere Begründung festgehalten, dass keine Massnahmen nötig seien. Immerhin hat er aber noch Abklärungen treffen wollen, weshalb das Postulat aufrechterhalten wurde.
Ich bin davon ausgegangen, dass der Stadtrat nun, nachdem er in seiner ersten Antwort eine ausführliche Problemanalyse gemacht hat, nach Lösungsansätzen sucht. Ich habe den Stadtrat damals in meinem Votum erneut darauf hingewiesen, was die Postulanten verlangen und was die Erwartungen an die ergänzende Antwort sind. Ich habe gewisse Missverständnisse, die der Stadtrat offenbar in Bezug auf den Postulatsauftrag hatte, geklärt, und ich habe ausgeführt, dass ich das nächste Mal Lösungsansätze erwarte. Ich habe darauf hingewiesen, dass wir in Dübendorf das Rad nicht neu erfinden müssen. Erneut habe ich das Berner Modell erwähnt, welches gute Ergebnisse bringt. Ich habe die Frage gestellt, warum man nicht einfach in Bern mal nachfragt, ob die uns die Berechnungsformel zur Verfügung stellen könnten – die konkrete Höhe der Subventionen könnte man dann immer noch auf Dübendorfer Verhältnisse anpassen, aber dann hätte man wenigstens ein in sich stimmiges System. So wäre man mit vernünftigem Aufwand zu einer guten Lösung gekommen.
All das hat der Stadtrat nicht gemacht. Der Stadtrat hat nun eineinhalb Jahre gebraucht, um einen weiteren Gemeindevergleich mit Dietikon anzustellen, nur um am Ende festzustellen, dass die Modelle zu unterschiedlich sind für einen direkten Vergleich. Immerhin kommt der Stadtrat nun zum Ergebnis, das Reglement sei punktuell zu überarbeiten. Diese Erkenntnis hätte der Stadtrat auch schon im Dezember 2019 bei der ersten Antwort haben können.
Nun immerhin: Der Stadtrat will das Reglement nun überarbeiten, was erfreulich und ganz in unserem Sinn ist. Aber was hat der Stadtrat nun genau vor? In seiner ersten Antwort hat er das Problem analysiert und erkannt, aber trotzdem keine Massnahmen treffen wollen. Nun kann zwar aus dem Vergleich mit Dietikon keine Erkenntnisse ziehen, findet aber unser aktuelles Reglement über die Elternbeiträge an die familienergänzende Kinderbetreuung der Stadt Dübendorf eine geeignete Grundlage, um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu fördern. Trotzdem will er nun punktuelle Anpassungen vornehmen. Kommen Sie noch draus?
Nachdem mir nicht ganz klar ist, was der Stadtrat nun plant, kann ich nur wiederholen, was wir Postulanten seit zwei Jahren möchten: Wir möchten eine Überarbeitung des Reglements, so dass Eltern im Beruf bleiben können, wenn sie Kinder haben, und zwar auch wenn sie mehr als 1 Kind haben, und auch für mehr als nur 1-2 Arbeitstage. Es sollte beispielswiese möglich sein, dass beide Eltern je 80% arbeiten oder ein Elternteil 90% und einer 70% oder einer 100% und einer 60%, ohne dass diese Eltern jährlich tausende Franken drauflegen, weil ihr Einkommen tiefer ist als die Betreuungskosten. Die beiden Hauptproblempunkte (Berücksichtigung Geschwister und Erwerbspensum) müssen dringend angegangen werden. Ich appelliere an den Stadtrat, dass er sich damit ernsthaft auseinandersetzt. Ich habe in meinen bisherigen Voten das alles ausführlich erklärt und möchte das hier nicht nochmals wiederholen. Wenn der Stadtrat sich das zu Herzen nimmt, dann müsste auch der Aufwand,

das Reglement anzupassen, sich in Grenzen halten, wie gesagt: Man muss das Rad nicht neu erfinden. Ich möchte dazu auch noch ergänzen, dass auch die verschiedenen politischen Vorstösse zur Finanzierung der familienergänzenden Kinderbetrauung auf kantonaler Ebene, welche nun vom Kantonsrat überwiesen worden sind, nichts daran ändern, dass diese Systemfehler anzupassen sind.
Nun noch zu den ergänzenden Ausführungen des Stadtrats zu den formellen Punkten: Es ging darum, ob man die Gesuche nicht direkt bei der Stadt abwickeln könnte, anstatt via Kitas, das hat der Stadtrat bejaht. Zwar benötigt das Ressourcen bei der Stadt – andernfalls aber fallen die Ressourcen bei den Kitas an, welche aufgrund des Drucks auf die Kita Tarife sowieso schon keine freien Kapazitäten haben. Zudem erachte ich es nach wie vor als problematisch, wenn Eltern ihre finanziellen Verhältnisse gegenüber der Kita – einem Privaten – offenlegen müssen, wenn sie Subventionen der Stadt erhalten wollen. Hier bin ich nach wie vor der Meinung, dass das sauberer wäre, wenn dies über die Stadt laufen würde und ich bitte den Stadtrat, das bei der Überarbeitung des Reglements ernsthaft zu prüfen. Was die einzureichenden Unterlagen und Anpassungen bei schwankendem Einkommen betrifft, so hat der Stadtrat eine Überprüfung und punktuelle Anpassung als sinnvoll erachtet, ich gehe also davon aus, dass auch dies in die Überarbeitung des Reglements einfliessen wird.
Was ist nun mein Fazit? Fazit ist, es hat viel zu lange gedauert, doch nun hat der Stadtrat die Überarbeitung des Reglements angekündigt. Das ist erfreulich. Aus der Begründung geht aber nicht wirklich hervor, was er denn nun anpassen will, ich erwarte aber klar, dass hier die Forderungen des Postulats aufgegriffen werden und das Thema nun mit der notwendigen Ernsthaftigkeit angegangen wird, sprich auch innert nützlicher Frist ein Vorschlag gemacht wird."

Stellungnahme Stadtrat, Stadtpräsident André Ingold (SVP)
„Ich bin etwas erschrocken, als die Postulantin meinte, sie wisse nicht was wir möchten. Ich denke im Fazit steht es klar geschrieben. Der Stadtrat sagt, dass das aktuelle Reglement über die Elternbeiträge für die familienergänzende Kinderbetreuung der Stadt Dübendorf ein geeignetes Instrument darstellt, um Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu fördern. Das heisst, der Stadtrat haltet an seinem System fest. Wir stellten aber in der Postulatsbeantwortung fest, dass es Nachjustierungen gibt im Reglement, welche entsprechend angepasst werden. In der Postulatsbeantwortung steht ebenfalls bis wann diese Überarbeitung erfolgen wird. Der Stadtrat wird bis zum 31. März 2022 eine Vorlage für das neue Betriebsreglement vorlegen. Vielen Dank für die Aufrechterhaltung des Postulats."

Diskussion

Hanna Baumann (SP)
„Die Fraktionen SP und Grüne nehmen die ergänzende Beantwortung des Postulats über die Elternbeiträge an die familienergänzende Kinderbetreuung mit Genugtuung zur Kenntnis und stimmen weiterhin für die Aufrechterhaltung des Postulats. Zweifellos ist Kinderbetreuung eine gesellschaftliche Aufgabe, für welche die Familien zu Recht Unterstützung von Staat, Kanton und Gemeinde erwarten dürfen. Dabei spielt die familienergänzende Kinderbetreuung in KiTas und bei Tagesmüttern eine herausragende Rolle, damit Mütter und Väter Beruf und Familie miteinander vereinbaren können. In der grossangelegten Studie der CS: „So viel kostet ein Kitaplatz in der Schweiz", die am 4. Mai 2021 herausgekommen ist, wird dargelegt, dass es bei den Elternbeiträgen an die KiTas grosse Unterschiede gibt je nach Ort und finanzieller Situation der Familie. Im Schweizer Durchschnitt nehmen rund 40% der Familien mit Kindern unter 12 Jahren institutionelle Kinderbetreuung in Anspruch. - Wieviele sind es wohl in Dübendorf?
Einer der wichtigsten Gründe, weshalb sich eine Familie gegen die familienergänzende Kinderbetreuung in der KiTa entscheidet, sind die Kosten. Und, aufgrund der verschiedenen Zuständigkeiten und Berechnungssysteme der Elternbeiträge lassen sich diese Kosten kaum miteinander vergleichen. In der Studie haben sie dies dennoch versucht, und zwar modellhaft anhand eines Ehepaars (gemeinsames Arbeitspensum 140%) mit zwei Kleinkindern, 2- und 3-jährig, die an zwei Tagen pro Woche betreut werden. Die Kinderbetreuung pro Jahr kostet für eine mittelständische Familie

(110‘000CHF Bruttoerwerbseinkommen, 100‘000CHF Vermögen) in Wollerau 4‘700 CHF und in Wetzikon 24‘200 CHF (Dübendorf 23‘000 CHF); ein Unterschied mit Faktor 5! Lebt die Familie in ärmeren Verhältnissen (80‘000CHF Bruttoerwerbseinkommen und 50‘000 CHF Vermögen) schwanken die Tarife gar um den Faktor 7.7, in Aarberg kostet es 2900 CHF und in Lüsslingen-Nennikofen (SO) 22‘000 CHF (Dübendorf etwa 12‘100 CHF). Hat die Familie ein hohes Einkommen (200‘000CHF Einkommen und 300‘000CHF Vermögen) so bezahlt sie in Thalwil, Wädenswil am meisten; nämlich 27‘500 CHF, gefolgt von Bern und Zürich (25‘000CHF), Dübendorf 23‘000 CHF. Diese Ausführungen erlaube ich mir, um auf den schweizweiten Rahmen hinzuweisen. Wie schwierig es ist, die verschiedenen Tarifsysteme miteinander zu vergleichen, steht auch in der ergänzenden Beantwortung unseres Postulats, wo lediglich das System von Dietikon und Dübendorf verglichen wird. Bekanntlich zielt unser Postulat darauf ab, die Mehrkosten ab dem 2. Kind stärker zu gewichten und das Pensum, Anzahl Betreuungstage auch in die Berechnung einzubeziehen. Interessant: Die Revision des Elternbeitragsreglements in Dietikon verfolgte das Ziel, mehr Eltern finanziell zu unterstützen und die sozial schwächeren Familien mehr zu berücksichtigen, während Familien mit höherem Einkommen weniger lange Subventionen erhalten. Diese zwei Ziele sind für uns von den Fraktionen SP und Grüne für Dübendorf ebenfalls erstrebenswert. In dem Zusammenhang weise ich darauf hin, dass wir die positiven Effekte von Kita-Tagen für Kinder, deren Muttersprache nicht Deutsch ist, in einer anderen aktuell laufenden Motion ‚Verbesserung Deutschkenntnisse im Vorschulalter, Kindergarten und Volksschule‘ bereits erwähnt haben. Weil wir diese Themen für gesellschaftsrelevant halten, bleiben wir dran. Und ich kündige hiermit die baldige Einreichung einer schriftlichen Anfrage mit dem Thema Kinderbetreuung über Mittag an den Schulen an.
Fazit unserer Stellungnahme: Wir begrüssen es, dass der Stadtrat per 31.03.2022 eine Vorlage zur Revision des aktuellen Beitragsreglements für die familienergänzende Kinderbetreuung erarbeitet. Spannend wird es auch sein, diese Revision mit gleichbleibendem Kostendach und mit einem erweiterten Kostendach beurteilen zu können. In diesem Sinne befürworten wir die Aufrechterhaltung des Postulats und empfehlen heute Ja zu stimmen.“

Abstimmung

Sie haben das Postulat «Elternbeiträge an die familienergänzende Kinderbetreuung» mit 24 zu 0 Stimmen aufrechterhalten. Es bleibt somit auf der Geschäftsliste.

4. Motion Susanne Schweizer (SP) und 16 Mitunterzeichnende «Rentable Photovoltaik-Anlagen» / Begründung und Überweisung GR Geschäft Nr. 52/2021

Stellungnahme Motionärin Susanne Schweizer (SP)
„Ich darf Ihnen heute die Motion Rentable Photovoltaik-Anlagen vorstellen. Sie betrifft 3 städtische Liegenschaften, die mit rentablen PV-Anlagen aufgerüstet werden sollen in einem Zeithorizont bis 2025. Die Photovoltaik ist ein Thema, das schon einige Male in diesem Rat besprochen wurde. Heute Abend werde ich mich aber nur auf einen Punkt der Diskussion, die anfangs Jahr im Rahmen der dringlichen Interpellation Förderung und Erstellung von Photovoltaikanlagen geführt wurde, beschränken. Dort hatte der Stadtrat in seiner Antwort am 14. Januar 2021 verlauten lassen:
Es liessen sich auf 14 von 50 untersuchten Liegenschaften im Immobilienportfolio der Stadt Dübendorf mittelfristig Solarstromanlagen für den Eigenverbrauch installieren und rentabel betreiben (Analyse von 2018 mit Bericht vom 21. Mai 2019 vom Verein Energie Zukunft Schweiz). Um in Dübendorf endlich Nägel mit Köpfen zu machen im Bereich der PV-Anlagen auf öffentlichen Gebäuden, haben wir unter Einbezug von anderen Ratskolleginnen und Kollegen diese Motion ausgearbeitet. Sie wurde von 16 weiteren Gemeinderätinnen und Gemeinderäten mitunterzeichnet.

Der Stadtrat wird beauftragt, den Zubau von 3 der als rentabel eingestuften Photovoltaik (PV)-Anlagen zeitnah einzuplanen und prioritär umzusetzen. Der Terminplan für den Zubau von 3 der als rentabel eingestuften PV-Anlagen ist noch im Kalenderjahr 2021 dem Gemeinderat zur Stellungnahme vorzulegen. Die gewählte Zeitfolge ist zu begründen. Diese 3 PV-Anlagen müssen bis spätestens 2025 in Betrieb sein. Bei Verzögerung gegenüber dem vereinbarten Terminplan sind Massnahmen zu definieren, mit denen der Zeitverlust in der kürzest möglichen Frist wieder aufgeholt wird. Über die Umsetzung dieses Auftrages ist jährlich im Jahresbericht Rechenschaft abzulegen. Der Stadtrat ist dafür besorgt, dass Dübendorf das Label Energiestadt Gold erhält und die damit verbundene Bewertung fortlaufend ausbaut.

Begründung:
Solarstrom ist seit langem ein Thema, auch in der Stadt Dübendorf. Unserer Meinung nach gibt es hier ein grosses Potential, dass noch nicht ausgeschöpft wurde. Wir finden es ist höchste Zeit, dass der Stadtrat hier aktiv wird. Mit den Punkten 1. – 3. der Motion möchten wir sicherstellen, dass messbare Ziele festgelegt werden, dass die Umsetzung plangemäss erfolgt und schlussendlich die 3 Anlagen spätestens Ende 2025 auch in Betrieb sind. Zum vierten und letzten Punkt der Motion: Zusätzlich würde mit dem Zubau der Anlagen auch das Label Energiestadt Gold für Dübendorf näher rücken. Diesbezüglich:
Im letzten Audit 2018 hat Dübendorf knapp 72% erreicht und dies obwohl die Stadt in 5 von 6 Bereichen Bewertungen in der Höhe des Gold Labels erzielte. Lediglich bei der Bewertung "kommunale Gebäude, Anlagen" liegt sie weit abgeschlagen auf etwas über 50%. Mit der Nachrüstung von PV-Anlagen auf städtischen Immobilien wird auch hier ein Schritt in die richtige Richtung gemacht.
Im Moment haben wir keine messbaren Ziele, auch darum ist das Energiestadt Label aus unserer Sicht eine gute Sache. Es dient also auch als Überbrückung, bis der Massnahmenplan Klima, mit den definierten Zielen, dann auch tatsächlich steht.
Die vorliegende Motion wurde im Vorfeld diskutiert und fand schlussendlich eine breite Unterstützung seitens der Mitte, der GLP/GEU und der Grünen Partei.
Für die SVP und FDP möchte ich nochmals betonen: Diese Motion fordert den Zubau von lediglich 3 Anlagen, die rentabel sind (d.h. es handelt sich um eine Vorinvestition) mit einem Zeithorizont von über 4 Jahren. Zusätzlich gehen wir davon aus, dass der Stadtrat für diese Aufrüstungen auch das lokale Gewerbe berücksichtigen wird. Es würde mich deshalb freuen, wenn auch FDP und SVP dieser Motion zustimmen würden.
Ich bedanke mich bei allen, die bei der Ausarbeitung dieser Motion mitgewirkt haben wie auch für Ihre Zustimmung."

Stellungnahme Stadtrat, Hochbauvorstand Dominic Müller (CVP)
„Das Thema Photovoltaikanlagen ist sehr präsent und wird auf unterschiedlichen politischen Ebenen aktiv bearbeitet. Wir haben anschliessend auch noch einen zweiten Vorstoss in ähnliche Richtung. Ich habe es bei der Beantwortung der Interpellation, welche bereits erwähnt wurde, bereits erwähnt, dass der Stadtrat kontinuierlich und strukturiert an seinen eigenen Liegenschaften dranbleibt. Sie haben die Interpellationsantwort bereits gehört, in welcher wir auf unsere Prioritäten hingewiesen haben. Im Übrigen wird auch mit den Glattwerken und Privaten die Zusammenarbeit für unsere Projekte genutzt. In diesem Sinne sind wir bei städtischen Projekten aktiv dabei. Wir sind aber auch besorgt um die Berücksichtigung der wirtschaftlichen Aspekte und der Rentabilität. Wenn an einem Gebäude etwas gemacht werden muss, berücksichtigen wir all diese Aspekte. Die vorgegebene Stossrichtung entspricht insofern der Stossrichtung des Stadtrates. Der Stadtrat würde es bevorzugen, dieses Anliegen als Postulat zu übernehmen. So würde der Gemeinderat eine differenzierte Auslegeordnung erhalten. Und er würde alle Rahmenbedingungen und Konsequenzen kennen. Gerade beim Energiestadtlabel Gold geht es nicht nur darum, drei Anlagen zu bauen, sondern diese müssten auch nachhaltig und langfristig sein. Vor einer Entscheidung müssten die Fakten sauber aufgeführt werden."

Diskussion

Orlando Wyss (SVP/EDU)
„Der Motionstext ist unpräzise formuliert und verletzt unserer Meinung nach auch das Prinzip der Einheit der Materie. Einerseits fordert der Vorstoss drei als rentabel eingestufte Photovoltaik-Anlagen subito zu bauen, ohne aber hinzuweisen, welche diese sein könnten. Es steht kein Wort im Vorstoss, ob es sich bei diesen um städtische oder private Liegenschaften handelt. Und zweitens will der Vorstoss, das Dübendorf bei dem Energie-Gold-Label beitritt. Dies sind zwei unterschiedliche Forderungen. Auch ist interessant, dass Parteien, welche vollmundig die Leistungsüberprüfung fordern, bevor immer neue Investitionen beschlossen werden, hier mitunterschrieben haben.
Für die SVP/EDU-Fraktion ist diese Motion aber auch unnötig, weil wir der städtischen Verwaltung zutrauen, solche PV-Anlagen sowieso umzusetzen, wenn diese aus ökologischen und ökonomischen Gründen als sinnvoll beurteilt werden. Einen solch ambitionierten Zeitplan vorzuschreiben, wie in der Motion gefordert, finden wir falsch. Auch ist der Beitritt zu dem Energiestadt-Label Gold unnötig. Dies kostet nur viel und bringt uns nicht weiter. Unsere Fraktion lehnt diese Motion ab und ist überzeugt, dass auch bei einer Ablehnung die Klimakatastrophe nicht eintreten wird, welche Susanne Schweizer in der Einleitung ihrer Begründung beschworen hat.“

Stefan Angliker (FDP)
„Für die FDP ist klar, dass zur Umsetzung der Energiewende der Bau von Photovoltaikanlagen vorangetrieben werden muss. Die Motion Schweizer ist in dieser Hinsicht zwar gut gemeint, aber schiesst aus unserer Sicht über das Ziel hinaus, wenn sie dem Stadtrat vorschreiben will, in den nächsten 4 Jahren zwingend 3 PV-Anlagen auf städtischen Gebäuden zu erstellen. Dies stellt für uns eine zu starke Einmischung in die Belange der Exekutive dar. Ebenfalls aus unserer Sicht die Verknüpfung des Baus von PV-Anlagen mit dem Anstreben des Energiestadt Gold-Labels eine Vermischung zweier unterschiedlichen Themen. Dass ein Ausbau von PV-Anlagen auf städtischen Bauten sinnvoll ist, bestreiten wir nicht, weshalb wir auch die folgende Motion Maier unterstützen. Die vorliegende Motion Schweizer erachten wir jedoch als nicht zielführend und lehnen sie deshalb ab.“

Oliver Kellner (GP)
„Die grüne Fraktion begrüsst die Motion von Susanne Schweizer für «Rentable Photovoltaik-Anlagen». Der Stadtrat hat versprochen, den Einbau von Photovoltaik-Anlagen zu prüfen. Der Verein Energie Zukunft Schweiz hat in seiner Analyse 14 Immobilien der Stadt Dübendorf als geeignet und rentabel ausgewiesen. In den Legislaturzielen hat der Stadtrat festgehalten, dass sich Dübendorf durch seinen Einsatz als Energiestadt auszeichnet. So soll Dübendorf als saubere Stadt wahrgenommen werden. Nun ist es an der Zeit, Tatsachen zu schaffen. Die Motion fordert den Stadtrat bis zum Jahresende auf, dem Gemeinderat den Terminplan für den Bau von lediglich 3 (!) Photovoltaik-Anlagen vorzulegen. Für den Bau der Photovoltaik-Anlagen hat der Stadtrat weitere vier Jahre Zeit.
Ich bitte darum um ihre Unterstützung für die Motion, damit sich der Stadtrat nicht - wie leider auch schon geschehen – zehn Jahre um die Umsetzung einer Volksinitiative drückt. Ebenfalls helfen wir so dem Stadtrat, seine Legislaturziele eher zu erreichen. Stimmen sie «Ja» für die Motion «Rentable Photovoltaik-Anlagen» und sagen sie damit «Ja» zu einem sauberen Dübendorf!“

Stefanie Huber (glp/GEU)
„An der letzten PV-Diskussion in diesem Rat habe ich das gallische Dorf bemüht, um auszudrücken, dass die Förderung und der Zubau von Photovoltaik bei uns heute zum guten Ton gehören. Heute haben wir zwei Vorstösse zu diesem Thema vorliegen und können Dübendorf einen Schritt weiterbringen. Die vorliegende Motion hat den Zubau von PV-Anlagen auf öffentlichen Gebäuden zum Thema, die von uns eingereichte Motion beim nächsten Traktandum möchte eine stärkere Rolle der Stadt Dübendorf, um den Zubau auf dem ganzen Gebiet vorwärts zu bringen.

Unsere Fraktion unterstützt die Motion für mehr städtische PV-Anlagen. Es wäre von Vorteil, wenn sie als Motion überwiesen würde, damit es rasch und verbindlich vorwärtsgeht, wir unterstützen sie jedoch als Postulat, wenn so eine Mehrheit gefunden werden kann. Uns geht es dabei in erster Linie darum, dass wir als Stadt vorangehen und unseren Beitrag an eine nachhaltige Energieversorgung leisten. Bis 2025 drei PV-Anlagen auf städtischen Gebäuden zu realisieren, wenn dies eine Mehrheit des GR befürwortet, ist möglich und liegt finanziell drin – da leisten wir uns ganz anderen Luxus in Dübendorf, wo wir eher den Rotstift ansetzen würden als hier und als dass wir dies als nicht finanziell tragbar abtun könnten.

Folgende Hinweise noch von unserer Seite:
Die mit der ZKB-Jubiläumsdividende finanzierte Anlage auf dem Geeren ist für die vorliegende Motion nicht anzurechnen, das wäre doppelt gemoppelt. Die Auslagen für die PV-Anlagen sind eine Investition, jedoch ist der Investitionsbetrag den Einnahmen aus der Solarstromproduktion gegenüberzustellen. Wir erwarten vom SR bei Berichterstattung resp. Antrag, dass er die erwarteten Subventionen und Investitionszuschüsse sowie die Einsparungen über weniger Strombezug mit in die Rechnung einbezieht. PV-Anlagen sind dann rentabel, wenn möglichst viel vom produzierten Strom selber verwendet wird. Wir erwarten deshalb mit Bericht resp. Antrag auch Massnahmen, wie dieses Potential bestmöglich ausgeschöpft werden kann, bspw. mit einem Zusammenschluss zum Eigenverbrauch, Anpassungen bei den Nutzungen oder dem Einsatz elektrischer Gerätschaften. Zum Schluss noch ein Wort zum Punkt 4, der Forderung nach Energiestadt Gold. Es ist ein altes Anliegen der glp/GEU, dass wir als Dübendorf zur Energiestadt Gold avancieren, mehrere Vorstösse hierzu belegen das. Wir haben den Motionärinnen vor der Einreichung mitgeteilt, dass die Forderung als Element dieser Motion fehl am Platz ist. Die Einheit der Materie ist tatsächlich zumindest geritzt. Eine Kombination mit den PV-Anlagen ist nicht sinnvoll, denn Energiestadt Gold verlangt einen anderen Massnahmenplan als die PV-Anlagen, umfasst einen anderen Zeithorizont usw., das kann ich aus meiner beruflichen Tätigkeit sagen, ich bin selbst Energiestadt-Beraterin.
Aus unserer Sicht stehen klar die im Titel genannten PV-Anlagen im Fokus – das Energiestadt Gold-Label können und sollen wir anderweitig und separat angehen. Dieser Punkt soll deshalb niemand von der Unterstützung der Forderung nach mehr städtischen PV-Anlagen abhalten. Mit den PV-Anlagen haben wir ein klar abgegrenztes Feld mit vollem Handlungsspielraum für die Stadt Dübendorf, wo wir schnell und gezielt eine Wirkung für das Klima erreichen können.
In diesem Sinne danken wir dem SR für die Entgegennahme, mindestens als Postulat, und freuen uns über das PV-Signal, das wir heute Abend aussenden können. Auf dass wir ganz sicher nicht das gallische Dorf sind beim PV-Ausbau in der Region."

Orlando Wyss (SVP/EDU)
„Auf zwei Dinge möchte ich hinweisen. Erstens erstaunt es mich, dass der Stadtrat nicht bemerkt hat, dass die Einheit der Materie nicht gegeben ist und dass er nicht explizit gesagt hat, dass es nicht möglich sei, diese Motion anzunehmen. Zweitens müssen wir darauf hinweisen, dass sich der Stadtrat bei der Entgegennahme dieser Motion an den Text haltet, welcher auf dieser Motion geschrieben ist. In diesem Text steht mit keinem einzigen Wort, dass es sich um städtische Liegenschaften handelt. Er könnte theoretisch drei private Liegenschaften oder sonst etwas mit den PV Anlagen ausrüsten. Mich erstaunt, wie die Motion daherkommt, da scheinbar so viele mitgewirkt haben."

Die Motionärin lehnt es ab, die Motion in ein Postulat umzuwandeln und möchte über die Überweisung als Motion abstimmen lassen.

Abstimmung

Die Motion „Rentable Photovoltaik-Anlagen" wird mit 20 zu 14 Stimmen unterstützt und an den Stadtrat überwiesen.

5. Motion Thomas Maier (glp/GEU) und 15 Mitunterzeichnende «Umsetzungsoffensive für Photovoltaik-Anlagen in Dübendorf» / Begründung und Überweisung GR Geschäft Nr. 53/2021

Stellungnahme Motionär Thomas Maier (glp/GEU)

„Wir kommen zu einem weiteren, heiss diskutierten und topaktuellen Thema. Wenn wir in der Schweiz den Umstieg auf erneuerbare Energien schaffen und unsere Energieversorgung langfristig absichern wollen, müssen wir, unter anderem, aber vor allem, beim Zubau von Photovoltaik-Anlagen einen Zacken zulegen.
Dies ist, ganz kurz zusammengefasst, der Hauptgrund für die von uns eingereichte Motion. Der Jahresbericht der Elcom (eidgenössischen Elektrizitätskommission) von letzter Woche kommt hier übrigens sehr aktuell, wieder einmal, zum gleichen Schluss: lieber früher anfangen.

Was stellen wir uns jetzt konkret vor?
Wir wünschen uns eine Umsetzungsoffensive für die Realisierung von Photovoltaik-Anlagen durch Private in Dübendorf. Die Stadt Dübendorf soll als starke Partnerin für Private auftreten und als innovative und kommunikative Ansprechpartnerin die rasche Realisierung von zahlreichen Photovoltaik-Anlagen (durch Private) in Dübendorf aktivieren. Dabei soll die Stadt die Kooperation und Unterstützung durch auf diesem Gebiet kompetente Partner suchen, in- und ausserhalb von Dübendorf. Weiter soll die Stadt Dübendorf die Umsetzung von Photovoltaik-Anlagen auf städtischen Gebäuden weiter vorantreiben. Dem Gemeinderat ist Antrag für ein entsprechendes Projekt zu stellen. Wir sind hier, das möchte ich an dieser Stelle noch einmal deutlich sagen, sehr offen auch für ergänzende oder noch bessere Ideen von Seiten des Stadtrates oder der Verwaltung, beispielsweise die Integration von Warmwasseraufbereitungsanlagen in die Zielsetzung oder ähnliches. Auch der Einbindung von Partnern stünden wir offen gegenüber.
Wir tragen schon seit vielen Jahren das Energiestadt-Label. Ebenfalls schon lange sind auf öffentlichen Gebäuden der Stadt einige Photovoltaik-Anlagen in Betrieb. Zudem betreibt die Glattwerk AG eine Solarstrombörse, die aber weder aktiv vermarktet noch bewirtschaftet wird. Wie sich auch in der Antwort auf eine parlamentarische Interpellation zum Thema zeigt, haben wir in Dübendorf noch viel Potential in Bezug auf eine gesteigerte Nutzung von Sonnenergie, sowohl auf Angebots- wie auf Nachfrageseite. Einige Private realisieren zwar ab und zu Anlagen, immer noch werden aber viele Häuser neu gebaut resp. Ersatzneubauten erstellt oder Wohnbauten saniert, ohne dass darauf eine PV-Anlage realisiert wird. Dies obwohl kantonal und national umfassende Förderprogramme bestehen und die gesetzlichen Grundlagen laufend zu Gunsten von neuen erneuerbaren Energien angepasst werden. Zudem sind auch die eigentlichen Anlagekosten für Photovoltaik in den letzten Jahren exponentiell gesunken.
Das Fazit zugunsten der Nutzung der Sonnenergie ist auch aus ökonomischen Gründen heute sonnenklar: an sich ist es auch für Private heute äusserst attraktiv, auf jedem Ersatz- resp. Neubau eine eigene PV-Anlage zu realisieren, die laufenden Gesetzesanpassungen werden dem noch mehr Schub geben. Die Gründe, dass dies trotzdem nicht in der breiten Masse stattfindet, liegen wohl in verschiedenen Hürden in der Umsetzung. Dort fehlt es oft an kleinen Dingen: Dem schnellen Zugang zu Wissen, einfache Verfahren, kompetente Ansprechpartner für kurze Fragen – schon zu Beginn der Planung – oder einfachen Hinweisen, damit schlicht und einfach an die Realisierung einer PV-Anlage gedacht wird. Der Solardach-Plan des Uvek zeigt auch für Dübendorf ein grosses Potential. Die Quartierplanungen liessen auch Platz für neuere Technologien wie Fassaden-Solaranlagen.
In Anbetracht der weiterhin zu erwartenden hohen Bautätigkeit soll unsere Stadt jetzt aktiv werden. Wir müssen nichts Neues erfinden. Was es braucht, ist eine aktive Offensive zur konkreten Umsetzung von PV-Anlagen sowie die Unterstützung der privaten Akteure. Dazu soll die Stadt ihre Kräfte,

beispielsweise aus den Bereichen Planung, Hochbau, Liegenschaften u.w. übergreifend bündeln und koordiniert einsetzen. Die Zusammenarbeit mit fachkompetenten Partner, wie bspw. mit der Glattwerk AG oder anderen privaten oder öffentlichen Unternehmen bzw. Anbietern von PV-Anlagen, soll verstärkt und es sollen auch innovative Projekte diskutiert werden.
Die Motion fordert keine neuen Förderungen für Private. Aber die Solar-Offensive wird über aktive Information, Beratung und Unterstützung in der Umsetzung dennoch Kostenfolgen, u.a. über wiederkehrende Personalressourcen, mit sich bringen. Der Stadtrat ist aufgefordert, Synergien zu nutzen und die Kooperation mit geeigneten Partnern aktiv voranzutreiben für eine möglichst kosteneffiziente Umsetzung."

Stellungnahme Stadtrat, Hochbauvorstand Dominic Müller (CVP)
„Ich habe die Haltung des Stadtrates zum Thema Photovoltaikanalgen bereits beim letzten Geschäft kurz erläutert. Wir möchten auch unseren Teil zu dieser Entwicklung beitragen, was in unserem Verantwortungsbereich liegt. Im vorliegenden Fall liegt der Fokus in der Unterstützung der Privaten. Auch hier ist es so, dass der Stadtrat bereit wäre, dieses Anliegen als Postulat entgegenzunehmen, um saubere Möglichkeiten und eine Auslegeordnung aufzuzeigen. Damit diese Auslegeordnung komplett gemacht werden kann auch mit Konsequenzen und allenfalls Konsequenzen auf den Leistungskatalog, der ja gerade aktuell wieder zur Diskussion steht."

Diskussion

Julian Croci (GP)
„Die Grüne-Fraktion und auch die SP-Fraktion unterstützen die Motion von Thomas Maier. Nicht nur auf öffentlichen Gebäuden muss der Ausbau der Solarenergie vorangehen, sondern auch auf Privaten. Während wir die in der Motion vorgeschlagenen Massnahmen unterstützen, möchten wir ausserdem darauf hinweisen, dass die Stadt Dübendorf als Alleinaktionärin der Glattwerk AG auch dort einen grossen Hebel hat. Wie wir im April im Tagesanzeiger lesen konnten, ist der Kanton Zürich, beziehungsweise dessen Elektrizitätswerke einer der knausrigsten, wenn es darum geht, Solarstrom zu vergüten. Obwohl die Zahlen für die Glattwerke in dem Artikel fehlen, zeigt eine kurze Recherche, dass sie sich auf ähnlich tiefem Niveau bewegen.
Ein kurzer Blick in unsere Nachbargemeinden zeigt, dass dies nicht so sein muss. Sowohl in Fällanden als auch in Wallisellen wird deutlich mehr bezahlt. Die 12 bzw. 11.3 Rappen pro Kilowattstunde sollten in Dübendorf mindestens möglich sein, andere Gemeinden im Kanton Zürich beziehungsweise deren Werke zeigen, dass bis fast 16 Rappen pro kWh möglich sind.
Würden die Glattwerke die Möglichkeit, eine eigene Solaranlage zu betreiben, besser kommunizieren oder gar bewerben und die Vergütung auf ein vernünftiges Niveau anheben, wäre ein grosser Schritt in Richtung Solaroffensive schon gemacht. Dies sollte der Stadtrat im Hinterkopf behalten, wenn diese Motion überwiesen wird."

Stefan Angliker (FDP)
„Die FDP unterstützt ein aktiveres Auftreten der Stadt Dübendorf in der Förderung zur Umsetzung von PV-Anlagen durch Private. Die vorliegende Motion verzichtet dabei auf überrissene Vorgaben an den Stadtrat und dürfte auch in der Umsetzung relativ kosteneffizient sein, denn das Vereinfachen von Verfahren und Bündeln von Wissen stärkt in der Regel auch die Effizienz der Verwaltung. Auch den Einbezug der PV-Thematik in die planerischen Prozesse ist für uns sinnvoll. Wir befürworten deshalb die Überweisung der Motion."

Orlando Wyss (SVP/EDU)
„Wenn man die Motion liest, könnte man auf die Idee kommen, dass Dübendorf im Bereich der Beratung von Bauherren nichts macht. Die Forderung der Motion ist aber heute schon erfüllt. Auf der Homepage der Glattwerk AG ist unter «Haustechnik/Energieberatung Dübendorf» der Weg klar auf-

gezeigt, wie jemand vorgehen muss, sollte er sich für neue erneuerbaren Energien beim Neubau oder Umbau von Immobilien interessieren. Was auffällt, ist das Weltbild, welches die Motionäre haben. Wenn eine Privatperson zehntausende, hunderttausende oder sogar Millionen von Franken in einen Umbau oder Neubau investiert, suggerieren die Motionäre, dass diese Person ohne eine offensive Kampagne der Stadt Dübendorf nicht selbst auf die Idee kommen könnte, neue erneuerbare Energien für die Energieversorgung seiner Immobilie zu nutzen. Auch suggerieren sie, dass die privaten und aus ihrer Sicht naiven Inverstoren diese Investitionen ganz allein tätigen. Die Denkweise der Motionäre ist absolut weltfremd. Jeder, welcher ein Umbau- oder ein Neubauprojekt realisiert, zieht Fachleute bei. Und wenn nun die Motionäre mit ihrem Vorstoss den Eindruck entstehen lassen wollen, diese Fachleute bräuchten eine offensive Werbung von Seiten der Stadt Dübendorf, dann frage ich mich, in welcher Scheinwelt diese Motionäre leben. Es geht hier aber auch um Grundsätzliches. Wenn jemand aus einer Partei, welche das Wort liberal im Namen trägt, so staatsgläubig und staatsversessen politisiert, habe ich schon gewisse Fragen. Liberal kann man angelsächsisch verstehen, wie in Grossbritannien oder den USA. Dort bedeutet „Labor“ linke Gesinnung. Ich aber verstehe den ausgewaschenen Begriff liberal aber als freiheitliche Gesinnung. Also mehr Freiheit und weniger Staat und nicht wie bei diesem Vorstoss, das Gegenteil. Dies hat mit bürgerlichem Denken und Eigenverantwortung nichts zu tun. Ich habe die Vermutung, dass es hier bei diesem Vorstoss einen Hintergedanken gibt. Eine Motion zu überweisen, welche überflüssig und schon umgesetzt ist, macht ja keinen Sinn. Doch wenn dieser Vorstoss der erste Schritt sein soll, Zwangsmassnahmen in der Bau- und Zonenordnung für die zwangsweise Erstellung der Energieerschliessung vorzuschreiben, dann erschliesst sich mir der Sinn dieses Vorstosses. Doch dann frage ich mich, was Unterstützer aus einer sogenannt bürgerlichen Partei bei diesem Vorstoss zu suchen haben. Dies ist Etatismus und Staatsgläubigkeit pur.
Die SVP/EDU unterstützt diese Motion nicht, weil sie erstens nicht nötig ist und zweitens, weil wir die Eigenverantwortung der Bürger und auch die der Bauherren als wichtig erachten und diese auch ohne diese Motion gegeben ist.“

Stefanie Huber (glp/GEU)
„Ich erlaube mir zwei, drei Bemerkungen auf das Votum von Orlando Wyss. Man weiss, dass viele Leute, welche Bauherrschaften beraten noch keine guten Kenntnisse von erneuerbaren Energien haben. Es gab vor zwei Jahren eine Kampagne vom BFE, wo genau diese Leute angegangen wurden und man weiss, dass es von der öffentlichen Hand die Rahmenbedingungen und das Aufmerksam machen auf diese Themen braucht. Dübendorf macht seine Hausaufgaben. Das ist richtig Orlando. Doch man kann mehr tun und aus unserer Sicht braucht es auch mehr, damit es in Dübendorf vorangeht. Uns geht es um die Zukunft von uns und unseren Kindern und nicht, dass man weitermacht wie bisher. Deshalb denken wir, ist es nötig, dass Dübendorf mehr macht. Es geht nicht darum, dass wir unsere Stadtverwaltung aufblähen, sondern um die Zusammenarbeit mit Energieversorger und dass man schaut was andere Energiestädte machen. Es gibt dieses Know-How und wir hoffen, dass Dübendorf in diesem Bereich mehr macht.“

Der Motionär lehnt es ab, die Motion in ein Postulat umzuwandeln und möchte über die Überweisung als Motion abstimmen lassen.

Abstimmung

Die Motion „Umsetzungsoffensive für Photovoltaik-Anlagen“ wird mit 20 zu 8 Stimmen unterstützt und an den Stadtrat überwiesen.

6. Postulat Julian Croci (GP) und 7 Mitunterzeichnende «Menstruationsartikel auf stadteigenen Toiletten» / Begründung und Überweisung GR Geschäft Nr. 54/2021

Stellungnahme Postulant Julian Croci (GP)

„Die Menstruation ist bei etwa 50 Prozent der Bevölkerung ein normaler Vorgang während grossen Teilen des Lebens. Dennoch hat das Postulat, das wir jetzt diskutieren grösseres mediales Echo ausgelöst als viele früher, obwohl der effektive Aufwand für die Stadt, die eine Überweisung des Postulats hätte, in finanzieller und personeller Hinsicht minimal wäre. Das grosse Interesse wird daher rühren, dass Menstruation bisher in der Gesellschaft (und insbesondere in einer sehr männlich geprägten Gesellschaft) noch kein Thema, wenn nicht sogar ein Tabuthema ist, insbesondere wenn ein Mann darüber redet. Es wäre schön, wenn sich heute Abend zeigen würde, dass wir wie Erwachsene über Menstruation reden können und natürlich auch dieses Postulat überweisen.
Der Menstruationszyklus ist, wie vieles, das mit dem Körper zu tun hat, je nach Person verschieden. Bei einigen kommt er pünktlich auf den Tag, bei anderen gibt es nur ein grobes Startfenster und manchmal haltet sich die Menstruation an gar nichts. In diesen Situationen können verfügbare Hygieneartikel wie Tampons oder Binden auf den Toiletten wichtige Produkte sein, die menstruierenden Personen vor Blutflecken und unangenehmen Situationen schützen. Dann sind nämlich Menstruationsprodukte genauso essenziel wie Klopapier und Seife und die Bereitstellung jener bestreitet ja niemand.
Ich hoffe, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, dass sie dieses Geschäft betrachten wie es ist und nicht, wie veraltete gesellschaftliche Normen und Vorstellungen es erscheinen lassen. Der mögliche Aufwand für die Stadt Dübendorf ist gering, der Nutzen für menstruierende Personen wäre aber immens, es würde nicht nur vor akut unangenehmen Situationen schützen, sondern generell den Stress, den die Hälfte der Bevölkerung aufgrund ihrer Körperfunktion hat, mindern."

Stellungnahme Stadtrat, Sicherheitsvorstand Hanspeter Schmid (BDP)

„In Vertretung des Finanzvorstandes nehme ich Stellungnahme zum Vorstoss. Der Stadtrat ist nicht bereit das Postulat entgegenzunehmen."

Diskussion

Alexandra Freuler (SP)

„Stellt euch vor, ihr seid eine 11/12-jährige Teenagerin, die gerade in der Schule ist und aufs WC muss. Super, wenn man gerade dort zum ersten Mal seine Periode erhält. Wie unangenehm es aber für diese Schülerinnen ist, dann keine Hygieneartikel vorzufinden, können sie sich ja vorstellen. Peinlich für diese Person, dann mit einem Blutfleck durch die Gegend zu laufen und jeder weiss dann genau, ach die hat ihre Periode bekommen. Dann von dieser Person zu erwarten, dass sie halt in nächsten Laden geht und sich Einlagen/OB/Tampax oder was auch immer kauft, kann ja nicht wirklich gewollt sein. Die Periode kommt nicht auf Knopfdruck, rsp. immer am gleichen Tag um die gleiche Uhrzeit, sondern dann wenn es ihr gerade passt. Es geht in diesem Postulat auch nicht darum, dass die SteuerzahlerInnen generell die Kosten für alle Hygieneartikel von uns Frauen bezahlen. Sondern dass in stadteigenen Toiletten Hygieneartikel aufliegen, damit wenn ein Mädchen/Fräulein oder Frau unerwartet ihre Periode bekommt und sie sich in einem solchen Gebäude aufhält, Hygieneartikel zur Verfügung stehen. Wenn Sie jetzt aber mit dem Argument kommen, dann müsste man ja auch für alle jungen wie auch älteren Männer Rasierschaum in den öffentlichen Gebäuden zur Verfügung stellen, hinkt der Vergleich doch stark. Klar kann es auch für einen jungen Teenager unangenehm oder gar peinlich sein, wenn sein Bartwuchs oder eher Flaum schon früh spriesst, doch nimmt dies die Umwelt anders wahr, als wenn ein Mädchen/Frau mit einem roten Fleck auf der weissen Hose durch die Gegend laufen muss.

Ich habe auch noch nie gehört, dass sich die Bevölkerung darüber beschwert hat, dass man z.B.. Papierhandtücher in der Schule auch zum Nasen putzen braucht. Hier könnte man ja auch erwarten, dass jedermann/frau wenn er sein Zuhause verlässt ein Taschentuch einpackt. Diese «zusätzlichen Kosten» werden auch von uns SteuerzahlerInnen bezahlt. Dies war und wird wohl auch nie ein Thema sein und dies ist auch gut so. Die SP-Fraktion unterstützt das Postulat von Julian Croci und ich hoffe ihr auch."

Sarah Steiner (SVP/EDU)
„Das vorliegende Postulat hat bei mir gemischte Gefühle ausgelöst. Auf der einen Seite ist der Ansatz sicher kein schlechter. In der Umsetzung sehe ich jedoch Probleme. Neben den bereits erwähnten WC in den Schulen, sind die meisten öffentlichen WC in Gebäuden, welche nur dann zur Verfügung stehen, wenn dieses auch geöffnet hat. Also zu den gleichen Zeiten wie Coop und Migros. Ausserdem sehe ich bei diesem Postulat ein Hygieneproblem. Ich persönlich würde dort keinen Tampon oder Binde benutzen, welche weiss ich wie lange auf einem WC herumliegt und ich nicht weiss, wer seine Finger schon dran hatte. Ausserdem gibt es heutzutage weitaus nachhaltigere Produkte, wie Menstruationstassen oder –unterwäsche, welche immer mehr Verwendung finden. Diese können länger wie zwei oder drei Stunden benutzt werden, falls man unterwegs ist und kein WC in der Nähe ist. Damit komme ich für mich zum grössten Problem bei diesem Postulat. Meiner Erfahrung nach ist nicht das Dabeihaben eines Tampons das Problem, sondern das Finden einer Toilette wo dieser gewechselt werden kann. Mit zugänglichen Tampons in etwa drei oder vier WC in Dübendorf, welche 24 Stunden geöffnet haben, ist dieses Problem auch nicht gelöst. Zusammenfassend kann ich sagen, dass dieses Postulat Kosten und Aufwand generiert ohne ein Problem zu lösen. Daher bitte ich sie, das Postulat abzulehnen."

Valeria Rampone (glp/GEU)
„Der vorliegende Vorstoss befasst sich mit einem Thema, das sich schnell in ein Minenfeld verwandeln kann. Alle Zutaten sind dafür gegeben: Genderproblematik, das Tangieren der Intimsphäre, der Umgang mit Scham, die Gefahr der Salopperie und der Bagatellisierung, usw.
Wie es für die glp/GEU üblich ist, wollen wir das Thema sachlich angehen. Man kann die Forderung nach kostenlosen Hygieneartikeln für Frauen auf städtischen Toiletten ganz pragmatisch anschauen und sich sehr konkrete Fragen stellen. Wir haben uns insbesondere die folgenden zwei gestellt:
1. Ist das Fehlen von kostenlosen Hygieneartikel für menstruierende Personen auf städtischen Toiletten ein Problem von einer Grössenordnung, das ein Handeln seitens der Stadt erfordert? Anders gesagt: Besteht ein konkretes, klares Bedürfnis in der Bevölkerung? Wir sind der Meinung: nein. Die allermeisten Frauen haben den Umgang mit ihrem Zyklus gut im Griff.
2. Ist es eine Aufgabe der Stadt, menstruierenden Personen kostenlose Hygieneartikel in den städtischen Toiletten zur Verfügung zu stellen? Wir denken, nicht. An diesem Punkt möchte ich noch ein Wort an jene richten, die Hygieneartikel mit Produkten für die Rasur vergleichen. Alexandra hat mir die Pointe weggeschnappt. Der Vergleich hinkt, und zwar gewaltig. Eigentlich mit beiden Beinen. Und er eignet sich denkbar schlecht als Argument. Aber auch das Argument, dass Frauen diese Produkte eben brauchen, ist kein überzeugendes, denn da gäbe es noch einiges, bei dem das auch der Fall wäre. Es muss also eine Grenze gezogen werden. Hygieneprodukte für die Menstruation sind für uns keine solchen Artikel, im Gegensatz zu Toilettenpapier und Seife.
Aus diesen Überlegungen schliessen wir, dass kostenlose Hygieneartikel für die Menstruation auf städtischen Toiletten keine städtische Pflicht sind, sondern vielleicht ein freiwilliger, allenfalls durchaus auch willkommener Service für menstruierende Personen sein könnten. Der vorliegende Vorstoss hat aber auch noch eine andere, grundsätzlichere Dimension. Das Thema Menstruationszyklus ist aktuell ein Hype-Thema: Artikel in den Medien, Dokumentationen im Fernsehen und auch einige politische Vorstösse wie jetzt dieser von den Grünen. Es geht bei dieser öffentlichen Diskussion um Information über und Akzeptanz von einem Thema, das tatsächlich alltäglich ist. Das ist durchaus von

Nöten. Gerade wenn die Tage von schwerwiegenden Symptomen begleitet werden, tangiert das nicht nur das Leben der betroffenen Frauen, sondern auch das Leben ihres Umfelds, dem privaten und dem beruflichen. Leider sind diese Menschen aber allzu oft konfrontiert mit Unverständnis, seitens von Männern, aber auch von nicht betroffenen Frauen. Der Zyklus sei doch ein vollkommen natürlicher Vorgang. Und schliesslich seien sie ja nicht die einzigen, die menstruieren. Und auch die tollen Sprüche von wegen Tagen und Zickigkeit sind immer noch nicht ausgestorben. Tja, nur, weil ein Vorgang natürlich ist, passiert er noch lange nicht automatisch reibungslos. Und leidenden Menschen mit Unverständnis, Unglauben und Spott zu begegnen, ist herabwürdigend und inakzeptabel. Die Art, wie das Postulat formuliert ist, zielt in unseren Augen auf diese grundsätzliche Dimension vom Thema. Wir verstehen das Anliegen der Grünen, aber die Akzeptanz von Problemen, die mit dem Menstruationszyklus verbunden sein können, ist ein komplexes, gesellschaftliches Thema. Es kann nicht mithilfe von Massnahmen sinnvoll angegangen werden wie denen, die im vorliegenden Postulat vorgeschlagen werden. Der Gemeinderat ist nicht der geeignete Ort, dieser Vorstoss nicht der geeignete Aufhänger. Er bleibt zu allgemein, statt konkrete Bedürfnisse zu benennen. Es wäre zum Beispiel durchaus sinnvoll über ein kostenloses Angebot von Hygieneartikel an Schulen nachzudenken, wie es auch schon von meinen Vorrednerinnen gesagt worden ist. Junge Frauen haben tendenziell eher Mühe, ihren häufig noch unregelmässigen Zyklus abzuschätzen, und wären darum wohl hin und wieder froh um so ein Angebot. So eine Perspektive vermissen wir im Postulat. Unsere Fraktion wird das Postulat darum nicht unterstützen."

Abstimmung

Das Postulat «Menstruationsartikel auf stadteigenen Toiletten» wird mit 8 zu 24 Stimmen abgelehnt und somit nicht an den Stadtrat überwiesen. Es wird damit sofort abgeschrieben.

Schlussbestimmungen

Gegen die Verhandlungsführung werden auf Anfrage der Gemeinderatspräsidentin keine Einwände eingebracht.

Gemeinderatspräsidentin Flavia Sutter (GP) macht abschliessend darauf aufmerksam, dass gegen die Beschlüsse wegen Verletzung von Vorschriften über die politischen Rechte und ihre Ausübung innert 5 Tagen, von der Veröffentlichung an gerechnet, schriftlich Rekurs in Stimmrechtssachen beim Bezirksrat Uster, 8610 Uster, erhoben werden kann.

Im Übrigen kann wegen Rechtsverletzungen, unrichtiger oder ungenügender Feststellung des Sachverhaltes sowie Unangemessenheit der angefochtenen Anordnung oder Verletzung von übergeordnetem Recht, gestützt auf das Verwaltungsrechtspflegegesetz, innert 30 Tagen, von der Veröffentlichung an gerechnet, schriftlich Rekurs beim Bezirksrat Uster erhoben werden.

Schlussbemerkungen Gemeinderatspräsidentin Flavia Sutter (GP)

Heute war die letzte Sitzung von Gemeinderatsmitglied Marcel Drescher, der auf Ende Juni 2021 seinen Rücktritt aus dem Gemeinderat gegeben hat. Marcel, wir haben dir vorsorglich ja bereits bei der letzten Sitzung gedankt – nun aber noch einmal vielen Dank für deinen Einsatz und alles Gute für die Zukunft.

Das Büro des Gemeinderates wird an seiner Sitzung vom 21. Juni 2021 die Traktandenliste der Gemeinderatssitzung vom 5. Juli 2021 festlegen.

Damit ist die 23. Sitzung des Gemeinderates der Legislaturperiode 2018-2022 geschlossen.

Für die Richtigkeit des Protokolls

Edith Bohli
Gemeinderatssekretärin

Eingesehen und für richtig befunden

GEMEINDERAT DÜBENDORF

Flavia Sutter
Gemeinderatspräsidentin

Angelika Murer Mikolasek
Stimmenzählerin

Andreas Sturzenegger
Stimmenzähler

Bruno Eggenberger
Stimmenzähler